

Wettkampf-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Teilzeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierlässiglich 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbaupräsidenten, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Werbeschäfte 20 Pf. — außerhalb der Hauptstadt 20 Pf. im anderen Teil des Landes 200 Pf. — Einzelne 200 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 126

Donnerstag den 1. Juni 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

In das Güterrechtregister ist heute eingetragen worden, daß der Bäckermeister Vinzenz Weith in Ruppendorf und seine Ehefrau Rosa Pauline verw. gew. Schrot geb. Stein-dorf, ebenda, durch Vertrag vom 16. Mai 1922 die Ver-waltung und Nutzung des Mannes ausgeschlossen haben.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 26. Mai 1922.

2 A. Reg. 7/21.

Verstüppes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Professor Pellegrini beendete in seinem Vortrag am Dienstag mit „Siegfrieds Tod“ oder „Götterdämmerung“ den Nibelungenring. Dieser Teil zerfällt wieder in ein Vorspiel und drei abgeschlossene Akte. Siegfried, von Todestrang getrieben, kommt an König Gunthers Hof, empfängt dort von Hagen, dem Sohn des feindlich gesinnten Alberich einen Trank, der ihn sein Eherhältnis mit Brunhilde vergessen läßt. Er verschafft diese dem Gunther zur Gemahlin und vermagt sich mit dessen Schwester Gutrune (in der Nibelungensage Krimhilde genannt). Hagen übernimmt es, Brunhildes Rache an Siegfried auszuführen. Der Nibelungenring gelangt wieder in die Hände der Rheinhölzer zurück, und die brennende Walhalla verkündet den Untergang der Götter und Helden. Neue Musikmotive treten weniger auf, dafür verweht aber Wagner an diesem Abend die bisherigen musikalischen Leitgedanken in wunderbarer Weise und endet in einem ergreifenden, musikalisch hochwertigen Trauermarsch. — Am 13. Juni wird „Tristan und Isolde“ und am 20. Juni die Oper „Die Meistersinger“ zum Vortrag kommen. Am 14. Juni nachmittags 3 Uhr findet die Führung durchs Opernhaus statt.

— Während der Unterrichtspause morgens nach 9 Uhr wurde Dienstag vormittag dem Müller Schüler Tenka ein Reißzeug verdachtlos von seinem Plakat im Unterrichtszimmer der Anstalt gestohlen. Es ist in schwarzem Lederetui, gez. O. A. 20 Zentimeter lang, 10 Zentimeter breit und enthält 3 Zirkel, 2 Taschenuhren, 1 Verlängerungsschiene, 1 Schraubenzieher und 1 Schachtel mit Zirkelspitzen.

— Tagesordnung für die 13. Sitzung der Stadtverordneten Donnerstag den 1. Juni 1922 abends 8 Uhr. Offizielle Sitzung: Kenntnisnahme von einem Dankschreiben, von einer Ministerialverordnung, Abschlagszählung auf die Staatsbeihilfe für die Handels- und Gewerbeschule betr., von der Erhöhung der Strompreise ab 1. 4. 1922, vom Unterrichtsplan der Bürgerschule, von der Vorlage, Aufnahmeprüfung der Müllerschüler betr. — Bad im großen Teiche. — Erhebung einer Gebühr vom Gewerbebetrieb im Umherfahren. — Eine Pachtfläche. — Schulkriegsanleihe. — Kriegssparbüro. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

— Die nächste Muttereratungsstunde des Wohlfahrts-pflegeverbandes Dippoldiswalde-Stadt und Umgebung findet am Donnerstag den 1. Juni 1922 nachmittags 2–3 Uhr im Diakonat statt.

— Einheitliche Dauer der Schulferien im Reich. Die Dauer der Schulferien ist für das ganze Reich von den Regierungen der Länder einheitlich festgesetzt worden. Auf Grund der Beratungen des Reichsschulausschusses haben sie diese auf 85 Tage mit Einschluß der darin enthaltenen Sonn- und Feiertage vereinbart. Den einzelnen Ländern bleibt es überlassen, die Ferien in dieser Gesamtdauer auf das Schuljahr zu verteilen.

— Sonntagsfahrtkarten. Die Eisenbahngeneraldirektion wird mit Inkrafttreten des Sommersfahrplans am 1. Juni in Dresden weitere Sonntagsfahrtkarten zu ermäßigung Preisen einführen, und zwar kommen folgende Verbindungen in Frage: von Dresden nach Edle Krone, Klingenberg-Colmnitz/Dippoldiswalde (mit wahlweise Gültigkeit), Rabenau, Langenhennersdorf, Berggießhübel, Sebnitz, Meißen und Gottschee/Königstein (mit wahlweise Gültigkeit). — (Wann wird sich die Eisenbahn-Generaldirektion endlich bereit finden, auch Sonntagsfahrtkarten zu ermäßigung Preisen nach Dresden einzuführen?)

— Ernteschwimmen! Im Sommer vorigen Jahres betrug die Zahl der Ertrunkenen an einem einzigen Tage in der Dresden Umgebung 24 und in der Umgebung von Berlin 36 Personen. Das Jahr 1921 forderte in Deutschland etwa 8000 Ertrunkene.

— „Gilt“ darf nicht auf Drucksachen gestempelt werden. Drucksachen, die es fragen, werden künftig als Briefe behandelt und mit Strafporto belegt.

— In den Stern-Lichtspielen kommt Donnerstag ein sechsfarbiger Film „Die Erschleicher“ und das Lustspiel „Adolfs Laufbahn“ zur Vorführung, auch werden Naturaufnahmen vom Plattensee gezeigt werden.

— Auch die Orden steigen im Prese. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat das sächsische Gesamtministerium beschlossen, die Rückkaufspreise für Orden und Ehrenzeichen, die nach dem Tode des Inhabers an sich abzugeben wären, um das Doppelte zu erhöhen.

Schmiedeberg. Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Schulausschusses Donnerstag den 1. Juni 1922 abends 7 Uhr in der Schulaula: Wahl des Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden und Schriftführers. — Gejüche um Überlassung von Schultümern zu Vereinszwecken.

Altenberg. Während des am Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr stattfindenden Erzjürgens der priv. Schützengesellschaft wurde an der Neufelder Straße Kreuzung durch einen Teppler Kraftfahrer ein Unfall herbeigeführt. Der Unvorsichtige fuhr in eine Kinderansammlung hinein, wobei 4 kleine Kinder umgefahren und erheblich verletzt wurden. Dem rücksichtslosen Fahrer wurde das Rad als Pfand weggenommen. Es wird jedenfalls hohe Entschädigung für seine Dreistigkeit abschreiben müssen.

Rabenau. Am Mühlberg wurde hier in einer der vergangenen Nächte ein Schuhmann von zwei unbekannten Männern überfallen. Er wurde am Kopf so schwer verletzt, daß er zusammenbrach. Auch sein Begleithund wurde erschlagen. Nur mit Mühe konnte der niedergeschlagene sich nach Rückkehr der Besinnung nach Hause schleppen.

Dresden. Als am Montag früh auf dem Dresden Hauptbahnhofe ein Personenzug aus Berlin über Elsterwerda einfuhr, sah man auf dem Dache eines Lazarettwagens einen Mann liegen, dessen Kopf zertrümmert war. Im Juge befanden sich 200 Rückwanderer aus der Ukraine, die über Bodenbach nach ihrer Heimat befördert wurden. Nach Aussage ihres Führers ist der 34 Jahre alte Petro während der Fahrt aus seinem Abteil, während seine Kameraden schliefen, herausgegangen und, um sich abzukühlen, auf das Dach des Wagens gestiegen. Bei einer Überbrückung ist er dann mit dem Kopf gegen die Brückenummauer angetreten und ihm der Schädel zertrümmert worden. Sein Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Niemand im Juge hatte von dem entsetzlichen Vorgang nur das geringste bemerkt.

Freiberg. Von der 2. Strafammer des hiesigen Landgerichts ist der Dienstklein Karl Eduard Oglis aus Paulsdorf wegen schweren und einfachen Rückfallsdiebstahls und schwerer Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden.

Leipzig. Alle 4 Wochen fällt folgen Lohn erhöhungen der Straßenbahner und Erhöhung der Fahrpreise automatisch aufeinander. Die Arbeitnehmer haben ihren erst am 15. April abgeschlossenen Tarif wieder für den 15. Mai gekündigt und verlangen 3 M. Zuschlag für die Stunde, außerdem Erhöhung der Kinderzulagen. Der Rat hat die neuen Sätze bewilligt, wodurch ein Mehraufwand von 49 Millionen Mark entsteht, einschließlich der Erhöhung der Leuerungszulagen der Beamten und der vermehrten Ausgabe für Stromverbrauch und Material. Die Folge davon ist, daß die Preise für die Einzelfahrt ohne Umsteigen auf 4 M. (bisher 3 M.) und mit Umsteigen auf 5 M. (4 M.) hinaufgestiegt werden müssen. Nachfahrten an Wochenenden ohne Umsteigen werden 8 M. (7 M.), mit Umsteigen 10 M. (9 M.) kosten. Die Zustimmung der Stadtverordneten gilt als sicher.

— Die Stadt hat einen Fehlbetrag von 250 Millionen Mark zu decken, der lawinenartig ansteigt. Zu diesem Zwecke soll nicht bloß die Hundesteuer verdoppelt werden und die Grundsteuer einen Zuschlag von 25% erhalten, auch die Beherbergungssteuer wird von 10 auf 20% heraufgesetzt. Sie soll in 9 Monaten über 3 Millionen Mark einbringen. Ausländer, die die Vorteile ihrer hohen Geldwährung genießen, oder den Tiefstand unserer Mark ausnützen können, werden mit dem fünfsachen Satz der erhöhten Beherbergungssteuer herangezogen, was auf 9 Monate 6 Millionen Mark ergibt.

Werdau. Eine unbekannte Frauensperson hat einem in den Anlagen auf einer Bank sitzenden größeren Schulmädchen ein kleines Kind übergeben und dabei geäußert, sie solle es kurze Zeit halten, weil sie einmal zum Arzt nach der Plauenschen Straße gehen müsse. Sie werde baldigst wieder zurück sein. Die Unbekannte ist jedoch nicht wieder zurückgekommen, sodass das Kind durch polizeiliche Vermittlung einer Pflegeanstalt übergeben werden mußte. Das Kind ist ein wenige Tage altes Mädchen.

Glauchau. Eine Wohnungsbauanleihe für alle Einwohner

hat die Stadt aufgelegt, um im Wege der Selbsthilfe Bauarbeiten von 500 M. aufwärts zu erhalten. Man rechnet mit einem Millionen-Ergebnis.

Ishopau. Der Dachdecker Max Orgis starb vom Bodenmarschen Neubau ab und zog sich so schwere Verlebungen zu, daß er einige Tage darauf gestorben ist.

Meerane. Die streikenden Textilarbeiter haben Montag die Arbeit zu einem Stundenlohn von 19,25 M. wieder aufgenommen.

Aue. Die Stadtverordneten haben gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen die Einführung einer sozialen Abgabe für die Stadt Aue beschlossen.

Marienberg. Alle, langjährige, von Einheimischen und Fremden gern aufgesuchte Gast- und Gaststätten fallen der Zeit zum Opfer. So schließt die bekannte Schankstätte „Zum Goldkindstein“ seine Pforten, nachdem schon seit längerer Zeit der Schankbetrieb eingestellt worden ist. Der heilsige Erzgebirgsverein will nun auf dieser sogenannten anmutigen Höhe in Kürze eine Jugendherberge eröffnen. — Auch die allen Sommerfrischlern und Ausflüglern bekannte erzgebirgische „Sandschänke“ im Ortsteile Gebirge stellt in den nächsten Tagen den Schankbetrieb ein.

Die Holzdielestäbe in den Forsten unserer Umgebung nehmen jetzt stark überhand. Um diesem schädlichen Treiben Einhalt zu bieten, ist jetzt ein behördlicher Waldschuh eingerichtet worden. Eine Abteilung Gendarmerie ist aus Götha hier eingetroffen und unternimmt nun täglich Streifen durch die Wälder.

Hohenstein-Ernstthal, 30. Mai. Zu Tode gestorben wurde im benachbarten Lobsdorf von seinen scheuen Pferden der 72-jährige Gutsherr Friedrich Traugott Franke.

Lengenfeld. In letzter Zeit wird allgemein darüber geklagt, daß Spirituosen in Biergläsern, besonders auch an Jugendliche, verschrankt werden. Die Amtsbaupräsidium bringt deshalb die Bekanntmachung in Erinnerung, wonach Gaß- und Schankwirte, die Schnaps alter Art in Bier- und Trinkgläsern ähnlichen Umsangs verabreichen, die Entziehung der Schankkonzession wegen Förderung der Völker zu gewähren haben.

Erbach. Zur Freude aller Naturfreunde des oberen Vogtlandes wurde am 13. Mai der neu angespannte Floßkette der Öffentlichkeit übergeben. Leider ist die Freude bereits getrübt, da die Wasseransammlung ihr erstes Opfer forderte. Am Sonntag gegen Mittag ertrank beim Baden der 20-jährige A. aus Oberwoda. Man sagt, er sei durch Stöckegraben erhitzt, zu schnell ins kühle Wasser gegangen und durch Krampf oder Schlag verunglückt. Augenzeugen konnten keine Hilfe bringen, da sie des Schwimmens unkundig waren.

Auerbach. Zur Erhaltung unseres Orchesters wird der Vorschlag gemacht, einen Verein für Orchesterfreunde zu bilden. Mitglied dieses Vereins kann jeder werden durch Entrichtung eines monatlichen Beitrages an eine Stadtkasse oder an eine Bank. Als Gegenleistung des Orchesters werden für die privaten Zieldner etwa 12 Konzerte jährlich erfolgen, zu denen man Mitgliedern ein Vorhauptsrecht einräumt. Der Zuschuß der Stadt soll ausgeglichen werden durch Platzmusik und entsprechende Veranstaltungen.

Reichenbach. Montag früh versammelten sich die Färberarbeiter auf dem Marktplatz und zogen dann im Juge nach ihren Arbeitsstätten, doch wurden diese noch nicht wieder geöffnet. Wegen der Öffnung der Betriebe sollen weitere Verhandlungen in Greiz stattfinden, von denen es abhängt wird, wann die Arbeit aufgenommen wird.

Kamenz. Das Rittergut Liebegast mit 159 Hektar Flächeninhalt ist für 3700000 M. in den Besitz der Braunkohlenwerke „Eintracht“ übergegangen. Die Übergabe ist auf den 1. Januar 1923 festgelegt. Der Besitzer Kleeschule aus Berlin erworb das Gut 1916 für 180000 M., eine Summe, die er annähernd aus dem geschlagenen Holz zurückhalte hat. Bis 1918 ließ er es auf eigene Rechnung bewirtschaften, von da ab hat es der jetzige Pächter Rohkohl aus Dessau für eine jährliche Pacht von 10000 M. inne. Da dessen Pachtvertrag erst 1928 abläuft, ist ihm eine Entschädigung von 12000 M. zugesagt worden. Das Rittergut Liebegast sollte 1805 in den Besitz der Stadt Wittichenau übergehen, jedoch war dem Ratskollegium der gesuchte Preis von 40000 M. zu hoch.

Bauhen. Einen bemerkenswerten Vorstoß gegen den Lebensmittelwucher unternahm der neue Amtsbaupräsidium Dr. Jungmann-Bauhen gelegentlich einer in Bauhen abgehaltenen Gemeindevertretertagung des amtsbaupräsidialen Bezirks Bauhen. Er erklärte u. a., daß er beabsichtige, auch künftig derartige Tagungen regelmäßig abzuhalten, deren Zweck es sei, eine Verständigung zwischen Stadt und Land,

zwischen Verbrauchern und Erzeugern herbeizuführen. An den Tagungen seien Vertreter aus Verbraucher- und Erzeugergemeinden beteiligt, eine offene Aussprache über die Verhältnisse müsse schließlich zum gegenseitigen Verstehen beitragen. Die Verbraucherschaft müsse einsehen, daß unsere Landwirtschaft mit allen Mitteln stark erhalten werden muß, anderseits aber müßten sich Landwirtschaft und Lebensmittelhandel der Verantwortung bewußt sein, die sie dem ganzen Volke gegenüber tragen.

Löbau. Der Bezirkstag erhöhte die Tanzsteuer um 100% und für Maskenbälle um 400%, desgleichen die Schankeraubnissteuer um 200%.

Albersdorf (Lausitz). Der Gemeinderat hat die Anregung der Amtshauptmannschaft, die Gemeinderatsitzungen öffentlich abzuhalten, abgelehnt.

Abschied von Oberschlesien.

Berlin, den 30. Mai.

Das Gesetz Abkommen im Reichstag.

Die Flaggen des Reichstagsgebäudes sind auf Halbmast gehisst zum Zeichen der Trauer um den Verlust Oberschlesiens, zu dem das Parlament heut endgültig Stellung zu nehmen bat. Im Ehngsaal sind die gelben schlesischen Fahne und die Wappen der verlorenen oberschlesischen Städte, mit Trauerlor verhüllt, angebracht. Es wird dem Schmerz und der Trauer darüber Ausdruck verliehen werden, daß durch die Entscheidung der Union ein Stück Landes vom deutschen Volkstypus losgerissen worden ist, das in jahrhundertelanger Geschichte und Kultur deutsch nach Wesen und Wirtschaft war und ist.

Der Reichstag versammelte sich schon um 11 Uhr vormittags, um das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien in Verbindung mit drei anderen Verträgen mit Polen zu beraten, die sich auf den Postbeschleif, die Überleitung der Reichsbahn im Abstimmungsgebiet und auf den Eisenbahnsübergang sowie den Post- und Zollverkehr beziehen.

Die erste Lesung vollzieht sich ohne Wortmeldung. Bei der zweiten Lesung berichtet

Abg. Dörsch (Doll.) über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses. Das Abkommen beruht auf der Entscheidung der Volkskongresskonferenz vom 20. Oktober 1921, die von allen Parteien als Bruch des Friedensvertrages begleitet worden ist. Der Redner gibt einen Überblick über den Inhalt des Abkommens, dessen wichtigster Punkt der Schutz der nationalen Minderheiten ist. Der Ausschuss hat den Antrag aufgenommen, die Regierung zu ermahnen hier im Hause zu wiedersetzen, die Reichsminister a. d. Schiff vor der Unterzeichnung des Vertrages in Sess. gegen die Entscheidung der Volkskongresskonferenz abzugeben hat.

Reichsminister Minister a. d. Schiff empfiehlt im Anfrage der Regierung die Annahme des Abkommens. Es sei zu hoffen, daß das wirtschaftliche und kulturelle Leben des abgerückten Gebietes durch den Vertrag nicht verschärft bleibt; die Bevölkerung könne durch diesen Vertrag nicht ausgelöscht werden. Es sei zu wünschen, daß noch der nunmehrige Einigung für das Wirtschaftsleben in günstiger Weise entwickele. Die deutschen Volksgenossen, die nunmehr unter einer anderen Staatshoheit kämen, sollten die Verfassung und die Freiheit des anderen Staates achten, aber der Vertrag bietet ihnen die Möglichkeit, unbehoben ihrer Staatsbürgerschaftlichen Pflichten die Traditionen zu pflegen, die sie in ihrem Herzen tragen. (Beifall.) Sie sollten dafür sorgen, daß ihr altes gute Volkstum auch im fremden Lande ihnen erhalten bleibt. (Beifall.)

Der Zentralsozialdemokratische Sitzespol-Mitglied (Oberschlesien) gibt im Namen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß das vorliegende Abkommen deutlich die Würde des am oberschlesischen Volke begangenen Unrechts seile. Was geben werden können, um den oberschlesischen Arbeitern und Angestellten in den nächsten 15 Jahren die Vorteile der deutschen Sozialgesetzegebung zu sichern, ist geschehen.

Der oberschlesische Zentrumsführer Abg. Psarren ist nicht namentlich der Zentrumsparie, daß diese für die Ratifizierung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens von Sess. stimmen werde. Darin liege aber keine Anerkennung des Tatsatzes von Sess. Die in Sess. geforderte Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Dummheit und wirtschaftlich ein Verbrechen.

Mitglied Dr. Wirth richtet Worte des Dankes an die Vertreter, die im Auftrage der Reichsregierung die Verhandlungen in Sess. geführt haben. Dieser Dank müssen wir ausdehnen auf die Gesamtheit der bayerischen Bevölkerung.

Die oberschlesische Bevölkerung hat im Laufe dieses Jahres eine Geduld an den Tag gelegt, für die es eine ausreichende Kennzeichnung nicht gibt. Gewiß hat die oberschlesische Bevölkerung an dem Tage, wo zu Unrecht und mit Gewalt Oberschlesien in die Hände Polens geliefert werden sollte, wie es ihr natürliches Recht war, ihre Heimat mit der Waffe in der Hand verteidigt. (Vor. Beifall.) Ehre denen, die im Kampfe um die bayerische Erde gefallen sind. (Erneuter Beifall.) Nun ist das Werk vollendet, das der oberschlesischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft das Leben in der Heimat ermöglichen soll. Der Kämpfer dankt dem Abgeordneten Sitzespol für sein mutiges Bekenntnis zum deutsichen Volkstum. Wer nun einem neuen Staatsverband angehört, wird diesem dienen, wie es seine staatsbürgerschaftliche Pflicht ist, aber das kann niemand diesem Volkstum wehren, daß es seine eigene deutsche Zusammengehörigkeit bleibt in allen Seiten hinaus. (Beifall.)

Abg. Frau Seidler (M.-Sitz.): Das Abkommen bedeutet die Trennung dessen, was wirtschaftlich zusammengehört. Aber es zeigt uns, wie der Kapitalismus und wie indirekt der sogenannte Imperialismus handelt, wenn er die Macht hat.

Abg. Hergt (Doll.) lehnt im Namen der Deutschen Nationalen Volkspartei das Abkommen ab, da es auf der rechtswidrigen Entscheidung der Volkskongresskonferenz beruht, die in gleicher Weise dem durch die Abstimmung bestätigen Willen der Bevölkerung wie den natürlichen Lebensbedingungen des Landes gegen Sess. und allemal von uns anders laufen werden kann.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. Bp.) lehnt es ebenfalls ab, eine derartige Beugung des Rechtes durch Unterzeichnung zu dessen, erkennt aber ausdrücklich an, daß der deutsche Bevollmächtigte bewußt gewesen ist, nach Möglichkeit in vertraglicher Form die Däten zu mildern, die infolge der aufgezwungenen, das Wirtschaftsleben Oberschlesiens zerschneidend und auf das schwere schädigendem Grenzziehung entstehen müssten.

Die Abg. Pohlmann (Dem.) und Emingen (Bav. Bp.) erklären sich trotz schwerer Bedenken für die Annahme des Vertrages, weisen aber nadürftig darauf hin, daß die Rechtsverwahrung fortbleibt und durch die Verfassungsgesetzgebung zu dem Vertrag nicht berührt wird.

Der Kommunist Höltje lehnt den Vertrag ab.

Damit schließt sich die Aussprache. In der Gesamtstimmung wird das Abkommen gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Präsident Pöhl stellt fest, daß die Mehrheit des Reichstages unter dem Druck der Verhältnisse ihre Zustimmung zu diesem Gesetz gegeben hat. Die Abstimmung der Mitglieder des Reichstages war verschieden, aber es ist wohl keiner unter uns, der die Trennung des oberschlesischen Volksteiles von uns nicht schmerlich berührt. In einer solchen Abschiedsstunde rufen wir unseren deutschen Brüdern in Oberschlesien zu: In Not getrennt, in Treue vereint! Unvergänglich möge die Freude hüten und drücken sein, unvergänglich möge die Rechtsverwahrung, die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat. (Beifall.)

Darauf werden die Nebenabkommen ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Gegen den wilden Kartoffelaufkauf.

Konzeptionierung des Kartoffelhandels.

Die Verordnung vom 24. November v. J. hat die großen Wirtschaften im Kartoffelhandel nicht zu beheben vermocht, der Reichsnährungsminister hat daher jetzt eine neue Verordnung über den Handel mit Lebensmitteln erlassen, durch die die Vorrichtungen über den Ankauf von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr wesentlich verschärft werden.

Nach der neuen Verordnung bedürfen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab sämtliche Personen, auch die Inhaber, der Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln und Getreiderohstoffen, einer neuen besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handelslizenzen zuständigen Stellen erteilt, sofern nicht seitens der Länder besondere Stellen bestimmt werden; sie gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen, auch die Angestellten und Beamten der Inhaber der Kartoffel-Handelslizenzen, dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewöhnlichen Verarbeitung oder zur Dekoration des Kartoffelbedarfs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Aufsichtserlaubnis ankaufen, welche von der höheren Verwaltungsbehörde des Aufsichtsbezirks neu zu erteilen ist. Diese Erlaubnis beschreibt sich auf den Bezug der sie erteilenden Behörde.

Die Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie die Aufsichtserlaubnis können fortlaufend wie bisher wegen mangelnder Sachkunde des Antragstellers in Bezug auf den Kartoffelhandel, wegen mangelnder Zuverlässigkeit, sowie — dies ist eine wichtige Neuerung — wegen Fehlens eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses versagt werden; hierdurch soll den Behörden die Möglichkeit gegeben werden, in schärfster Weise als bisher die Zulassung zu handhaben. Um eine sachgemäße Handhabung der Erlaubnis zu erzielen, müssen vor der Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie der Aufsichtserlaubnis Sachverständige gebürgt werden.

Die Inhaber der Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln und die sonstigen Aufkläuer haben den Erlaubnisschein, der zwecks besserer Überwachung mit dem Bild des Inhabers versehen sein muss, beim Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen. Neu ist ferner die Bestimmung, daß auch der Landwirt sich strafbar macht, der an Aufkläuer Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Aufsichtserlaubnis ausweisen können; ebenso die Bestimmung, daß der Aufkauf von Kartoffeln innerhalb des eigenen Kommunalverbandes konzessionspflichtig ist.

Die neuen Bestimmungen sollen am 1. August in Kraft treten.

Die Kriegsschuldfüge.

Graf Verchenfeld über den Eisenerprozeß.

Im bayerischen Landtag beantwortete Ministerpräsident Graf Verchenfeld die Interpellation zur Kriegsschuldfrage, die von der Bayerischen Mittelpartei in Anschluß an den Eisener-Prozeß eingefügt wurde. Die Interpellation weist darauf hin, daß nach Lloyd Georges Ausspruch, daß mit der Kriegsschuldfrage der Versailler Vertrag steht und falle, nunmehr die Voraussetzungen für diesen Vertrag vor Gericht als hinfällig erwiesen worden sind. Die Frage der Antragsteller ging dahin, ob die bayerische Regierung bereit sei, bei der Reichsregierung mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sie allen Staaten das durch den Prozeß gefestigte Material mitteilt und die sich darin für die Kriegsschuldfrage ergebenden Folgerungen darlegt, daß sie ferner die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den festgestellten Sachverhalt aufklärt und schließlich die Revision des Versailler Vertrages von den Signatarien fordert.

Der bayrische Ministerpräsident Graf Verchenfeld erklärte, daß natürlich mit diesem Prozeß und seinem Urteil die allgemeine Frage von der Schuld am Kriege nicht schlicht abgetan sei. Die maßgebende Beantwortung dieser allgemeinen Frage setze die Aufschließung der Archive aller am Kriege teilnehmenden Mächte voraus. Auf die Einheitsfront im eigenen Lande kommt es heute vor allen an. Artikel 231 des Versailler Vertrages berechnet Deutschland und seine Verbündeten schlecht hin als Urheber des Weltkrieges, und die berüchtigte Mantelnote vom 18. Juni 1919 habe diesen Satz noch verschärft und unterstrichen, indem sie den Krieg als das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker erklärt. In der Ablehnung dieses Diktates von der Allianz und der verbrecherischen Absicht Deutschlands als dem direkten Gegenteil der Wahrheit waren und sind sich die Deutschen einig. Der Prozeß hat zur Widerlegung jenes Satzes die allerbindigsten und schlagkräftigsten Beweise beigebracht und hat dazu beigetragen, die wenigen, die in dieser Richtung in Deutschland noch ableiteten standen, auf ein Minimum an Zahl und Bedeutung herabzudrücken.

bayerische Vorstellungen bei der Reichsregierung.

Wie der Ministerpräsident ferner mitteilte, hat die bayerische Regierung bereits Anordnung dahin getroffen, daß das Urteil des Schöffengerichts sowie das umfangreiche stenographische Protokoll über die Verhandlungen baldigst zur Vorlage gebracht werden. Das Ministerium des Innern wird sodann das Material alsbald der Reichsregierung übermitteln. Was die Möglichkeit und die Aussicht der Bewertung des Materials dem Ausland gegenüber betrifft, so ist Graf Verchenfeld allerdings der Ansicht, daß unsere hauptsächlichsten Kriegsgegner doch nicht dieselben zugeben werden, weil dann eine der wichtigsten Säulen des Friedensdiktates zusammenstürzen würde und weil sie ihre Völker in diesem Glauben an die Gerechtigkeit des Versailler Vertrages erhalten zu müssen meinen. Die bayerische Regierung sei im übrigen bereits mehrmals bei der Reichsregierung wegen einer aktiveren Stellungnahme in der Kriegsschuldfrage vorstellig geworden und beabsichtige, bei der Überprüfung des Materials die Regierung dringend zu ersuchen, für eine möglichst wirksame Verwertung im Auslande Sorge zu tragen.

Der Kampf um die Schule.

Sozialistische Niederlage bei den Groß-Berliner Elternbeiratswahlen.

Am Sonntag hat in Groß-Berlin die zweite Elternbeiratswahl für die 580 Gemeinde- und Mittelschulen stattgefunden. Wenn auch bis jetzt noch nicht alle Resultate vorliegen, so läßt sich doch aus den bisherigen Ergebnissen erkennen, daß die christliche Liste einen überlegenen Sieg davongetragen hat. Als vorläufiges Ergebnis der Elternbeiratswahlen werden folgende Zahlen gemeldet: Christlich-unpolitische Liste 3255 Stimme; sozialistische Einheitsliste 1733 Stimme. Die christlich-unpolitische Liste hat also annähernd zwei Drittel aller Stimmen und Stimme auf sich vereinigt, während die von den sozialistischen Parteien unterstützte Liste gegenüber den letzten Wahlen im Frühjahr 1920 durchschnittlich ein Drittel ihrer Stimme eingeschüttet hat.

Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als dies mal der christlich-unpolitischen Liste eine sozialistische Einheitsliste gegenüberstand, für die die drei sozialistischen Parteien samt ihrer Presse mit Aufbietung aller Mittel seit Wochen sieberhaft gearbeitet haben. Wenn trotzdem solche Zahlen aufzutragen sind, so ist das ein deutlicher Beweis, wie wenig Boden die Bestrebungen, den christlichen Charakter der Schule zu beseitigen, in der Bevölkerung der Reichshauptstadt gesetzt haben. Bei der politischen Kräfteverteilung und der offiziellen Befestigung der sozialistischen Parteien am Wahlkampf war das Ergebnis nur dadurch möglich, daß eine große Anzahl sozialistischer Eltern gewillt, die Politik aus der Schule fernzuhalten und der christlichen Jugendziehung ihr Heimatrecht zu wahren, entgegen der Parteiparole für die christlich-unpolitische Liste gestimmt und damit von neuem deren in Wahrheit unpolitischen und überpolitischen Charakter erwiesen haben. Ein besonderes Verdienst an dem Ausfall der Wahlen geht auf die rührige Arbeit der Elternbünde, die mit ihrer streng durchgeführten politischen Neutralität den Beifall der Mehrheit der Wähler erhalten haben.

Die Berliner Elternbeiratswahlen.

— Berlin, 30. Mai. Nach dem Gesamtergebnis, wie es jetzt von 498 Schulen vorliegt, entfallen auf die christlich unpolitische Liste 4001, auf die Liste der vereinigten S. P. D., U. S. P. D. und R. P. D. 2367 Stimme. Die Zahlen von den katholischen und weltlichen Schulen stehen noch aus, können aber, da die katholischen Schulen in der Mehrheit sind, das Gesamtergebnis nur noch zu Gunsten der christlichen Liste ändern.

Die deutsche Note in Paris.

Frage nach der Reparationskommission.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission ist am Montag durch Kurier in Paris eingetragen und sofort von der Reparationskommission weitergeleitet worden. Die Pariser Blätter versichern einstimmig, daß die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses mit der deutschen Note zufrieden seien, da sie im großen und ganzen den Vereinbarungen zwischen den Delegierten und dem Reichsfinanzminister Hermes entsprechen. Der vom Ausschuß gewünschte Aufschluß der Veröffentlichung des Berlautes der Note wird von den Blättern damit begründet, daß die von der Kriegslastenkommission überreichte französische Lieferung ungenau gewesen sei und zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe. So habe Deutschland nach dieser Lieferung seine Zusicherung seinerseits gegeben, daß die Einheitsfront im eigenen Lande kommen wird. Der Erfolg der internationalen Unleihe abhängig gemacht, während in dem maßgebenden deutschen Vorblatt nur die Hoffnung (?) gedauert sei, daß die Anleihe Erfolg haben werde. Angeblich sollen die Anschlußmitglieder um Aufklärung gebeten und in Erwartung einer zweitlos zustimmenden Antwort aus Berlin die Veröffentlichung aufgeschoben haben.

Gefüllung der Krise.

"Times" berichtet, es verlautet, daß die deutsche Antwort an die Reparationskommission eine Annahme von Bedingungen andeute, welche wichtigen Entscheidungen der Reparationskommission entspreche. Man sei daher der Ansicht, daß weitere Erörterungen darüber, was nach dem 31. Mai geschehen müsse, unnötig werden. Auch die Pariser Presse zweifelt nicht mehr daran, daß die Spannung des 31. Mai endgültig beseitigt sei, und daß das bisher nur provisorisch bis zum 31. Mai gewährte Moratorium in ein endgültiges bis zum Ende des Jahres verlängert wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 31. Mai 1922.

Auf Einladung der Düsseldorfer Handelskammer und der wirtschaftlichen Verbände West-Deutschlands wird die nächstjährige Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Düsseldorf stattfinden.

Der neue Bischof von Trier wird zur Teilnahme an der diesjährigen Hauptversammlung des katholischen Lehrerverbandes Saarhalle am Pfingstmontag in Saarlouis eintreffen.

Die Stadtverordnetenwahl in Stendal endete mit einem Sieg der bürgerlichen Einheitsliste. Die Wahl nach der Revolution hatte eine sozialdemokratische Mehrheit gebracht.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsche Reichsregierung hat auf Veranlassung der russischen Sowjetrepublik angekündigte Verhandlungen aufgenommen über den Abschluß von Handelsverträgen, für die der Vertrag von Rapallo die Grundlage bilden soll. Zur Führung der Verhandlungen für die Republiken Georgien, Ascherbidschan und Ferner Osten (Tschita) ist der gegenwärtig in Berlin weilende russische Vertreter Litwinow bevoßtigt worden. Die ukrainischen Verhandlungen werden von Raskowski geführt. Die jetzt wieder aufgenommenen Verhandlungen bilden die Fortsetzung schon früher eingeleiteter Beratungen, die infolge verschiedener Umstände unterbrochen werden mußten.

Der Befreiungsplan für Polnisch-Oberschlesien liegt nunmehr fertig vor. Die Übernahme der Eisenbahnen erfolgt am 5. und 6. Juni. Die Postämter werden am 8. und 9. Juni übernommen. Die sonstigen Verwaltungsbehörden gehen am 10. Juni in die Hände der Polen über. Die Polizeireviere, die jetzt von der Polizei Oberschlesiens (Apo) verwaltet werden, gehen am 15. Juni an Polen. Dem Bernehmen nach rücken als erste die französischen Truppen ab, ihnen folgen die italienischen und zum Schluß die Engländer. Das polnische Heer unter Führung des Generals Steytiel rückt nach Oberschlesien. Die militärische Besetzung von Katowitz ist für den 10. Juni vorgesehen. Die vollständige Übernahme von Rybnik soll am 19. Juni erfolgen. Auch sämtliche Mitglieder der Gemeindewachen und alle sonst von der Staatsbeschäftigten Oberschlesiens haben ihre Kündigung für den 26. Juni erhalten.

Der Deutsch-Oberschlesische Volksbund für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitenrechte hat an den Reichsminister a. D. Schiffer ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm und seinen Mitarbeitern im Namen der deutschen Bevölkerung des abzutretenden Gebietes den herzlichsten Dank für die Lösung der überaus schwierigen Aufgabe ausspricht, die er in Genf zu Ende geführt habe. Der Deutsch-Oberschlesische Volksbund spricht darin ferner die Hoffnung aus, daß das vom Reichsminister a. D. Schiffer geflossene Werk dem Deutschtum des abzutretenden Gebietes das kulturelle und wirtschaftliche Fortbestehen ermöglichen werde.

Die Französisierung des Saargebietes. Der ständige Zugang von Franzosen in das Saargebiet hat nunmehr zur Gründung einer französischen evangelischen Kirchengemeinde für das Saargebiet geführt, an deren Spitze der französische Pfarrer Bretey steht. In Nancy wurde mit einem Kapital von 500 Millionen Francs eine "Regionale Vereinigung für Studien auf dem schönen Rhein" gegründet, der zwanzig Handelskammern und vier an der Rheinschiffahrt interessierte Gruppen angehören.

Nassau gegen die rheinischen Sonderbündler. Die landesvertreterschen Treibereien der rheinischen Sonderbündler werden von der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes einmütig verurteilt. Allenthalben vereinigen sich die Parteien und Bevölkerungsschichten zu einer einheitlichen Abwehrfront. Auch in Nassau wenden sich sämtliche bürgerlichen Parteien sowie die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen in einer gemeinsamen Kundgebung gegen die in letzter Zeit stark betriebene Propagandatätigkeit von Sonderbündlern wie Smeets, Dörten und Genossen und erläutern, daß sie um keinen Preis, selbst nicht um den der Zurückziehung der Besatzungstruppen oder der Verminderung der Kriegslasten gesonnen sind, ihre Treue zum Deutschen Reich und Preußen zu verkaufen. Sie sind fest entschlossen, jedem Versuch einer hochverräterischen Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufs entschiedenste entgegenzutreten und für alle Zeit mit dem Deutschen Reich verbunden zu bleiben.

Bei den ungarischen Wahlen wurden 90 Vertreter der Regierungspartei und 16 Oppositionelle, darunter 8 Sozialdemokraten, gewählt. Der ehemalige Ministerpräsident Stefan Friedl ist unterlegen.

Österreich: Ein bürgerliches Kabinett.

Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Schober ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen beschlossen worden. Den Posten des Bundeskanzlers wird der Obmann der Christlich-Sozialen, Prälat Selb, übernehmen, der dem letzten Kabinett der Monarchie als Minister für soziale Fürsorge angehört. Dem Kabinett Selb werden ferner angehören als Bundeskanzler und Justizminister der großdeutsche Abgeordnete Staatsanwalt Dr. Frank, als Finanzminister der Präsident des Militärlandwirtschaftsamtes Hornik, als Außenminister

der gegenwärtige Handelsminister Dr. Grünberger und als Handelsminister der christlich-soziale Abgeordnete Heinz. Die sozialdemokratische Partei rückt zur schärfsten Opposition gegen das neue Kabinett.

Italien: Der Eucharistische Weltkongress.

In der Peterskirche in Rom fand die Schlafzeit des Internationalen Eucharistischen Kongresses statt. Von Papst unter dem Schall überner Trompeten in den Basilika und gelehrte am Hauptaltar ein Hochamt mit Te Deum. Den Segen spendend, ließ sich dann der Papst bis an das Eingangstor der Peterskirche tragen, worauf der Zug in die päpstlichen Gemächer zurückkehrte. Etwa 30 Kardinalen, 400 Bischöfe und das Diplomatische Corps beim Heiligen Stuhle wohnten der Feier bei. Der Papst richtete an den Kardinal-Bischof ein Dankesreden, in dem er seine Befriedigung über die Ereignisse der letzten Tage ausdrückte und die Schönigkeit und den Enthusiasmus der Teilnehmer am Eucharistischen Kongress lobte, dessen Bedeutung so groß sei und der unter den Fellen des christlichen Rom eins der glänzendsten Ereignisse bleibe werde. — Am Sonntag hatte aus Anlaß des Kongresses eine große Prozession stattgefunden, an der außer kirchlichen Würdenträgern auch Minister und Abgeordnete der katholischen Volkspartei teilnahmen.

England: Der Deutschenheiter Bottomey im Buchhaus.

Das Unterhausmitglied und der Herausgeber der Wochenzeitung "John Bull" Horatio Bottomey, wurde wegen Unterhöhung und Vertrauensmissbrauchs zu 7 Jahren Haftarbeit verurteilt. Bottomey hatte über 150 000 Pfund Sterling, die ihm von kleinen Sparern von Kriegsschäden übergeben waren, in betrügerischer Weise für sich selbst verwandt. Er hatte eine Auslösung unter dem Titel einer "Siegesanleihe" veranstaltet die es kleinen Sparern ermöglichte sollte, ihr Scherstein beizutragen, um angeblich auch den armen Bürgern Gelegenheit zu geben, aus ihren zusammengelegten Einzelbeiträgen die Summen zu beschaffen, die als Minderauszahlung für die staatliche Siegesanleihe festgesetzt waren. Tatsächlich wurden diese Beträge niemals an den Staat abgeführt, ebenso wie die von Herrn Bottomey ausgeschriebenen Gewinne niemals gezogen wurden. Außer durch seine Schwindsucht hat sich Bottomey auch durch seine Deuffenbachs regelmäßig bemerkbar gemacht. Seit über 15 Jahren zählt er zu den wüstesten Deuffenbachs und Kriegsverbrechern. Schuster an Schuster mit der Northcliffe-Presse verfuhr er in seinem Blatte "John Bull" der Welt die Sache von Deutschlands Schuld am Kriege und deutscher Krieg einzuschulzen. Auch nach dem Kriege verging lange Zeit keine Unterhauswähler, ohne daß er die eine oder andere demagogische Anfrage stellte. Meistens handelte es sich um Fragen, wie z. B. die Auslieferung oder Hinrichtung des Kaisers und die Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Wiederauflösung der Reparationsfrage.

London, 30. Mai. Der diplomatische Berichterstatter der "Daily News" schreibt, es sei wahrscheinlich, daß die gesamte Reparationsfrage „in herausfordernder Gestalt“ im Laufe des Monats Juni auftauchen werde. Wenn wichtige, nicht offizielle Unterredungen, die in Genua stattfanden, irgendeinen Hinweis geben könnten, so werde der jetzt tagende Bankierausschuß wahrscheinlich als notwendige Bedingung für die Ausgabe der Reparationsanleihe die Heraussetzung der deutschen Reparationen fordern. Es fragt sich jedoch, ob Frankreich eine Heraussetzung des Gesamtbelages der Reparationen annehmen werde. Wenn Frankreich annehme, so habe es eine Anleihe in Aussicht, welche ihm das dringend benötigte Bargeld gebe. Wenn Frankreich dagegen ablehne, so drohe ihm Isolation. Das holländische Mitglied des Anleiheausschusses in Berlin.

Berlin, 30. Mai. Das Mitglied der Anleihekommission, der holländische Panier Bisseling, wußt zuletzt in Berlin. Nach Pariser Pressemeldungen steht seine Reise mit dem Vorbehalt der deutschen Regierung hinsichtlich der internationalen Anleihe in ihrer Antwort an die Reparationskommission im Zusammenhang. Bisseling wird in Berlin die von Staatssekretär Bergmann über die ersten Versprechungen des Anleihe-Komitees abgegebenen Erklärungen ergänzen.

Das Kölner Eisenbahnunglück.

Köln, 30. Mai. Bei dem Eisenbahnunglück, das sich vor dem Hauptbahnhof in Köln ereignete, sind 56 Personen verletzt worden. Elf davon liegen in Krankenhäusern schwer bzw. schwer.

Beisetzung des Abg. Naden.

Aachen, 30. Mai. Die Beisetzung des verstorbenen Reichstagabgeordneten Naden (Btr.) fand unter großer Beteiligung hier statt. Im Grabe sprach der Vizepräsident des Reichstages Dr. Bell im Namen des deutschen Reichstages und der fehlenden Reichsfanzer fehrenbach namens der Zentrumspartei. Bei den Angehörigen war ein Beileidstelegramm des Reichspräsidenten eingegangen.

Aus Stadt und Land.

Abholung deutscher Schiffe aus Petersburg. Auf Grund eines im Dezember vorigen Jahres abgeschlossenen deutsch-russischen Abkommens hat sich der Chef der Seetransportabteilung der Marineleitung, Kapitän zur See Vohmann, mit dem Regierungstransportschiff "Carbo II" in Begleitung der betreffenden Besatzungen nach Petersburg begeben, um die dort noch im Hafen liegenden beschlagnahmten deutschen Schiffen Empfang zu nehmen. Eine Reihe von führenden Persönlichkeiten aus der deutschen Seehandelsfahrt und Mitglieder der Presse haben sich angeschlossen, um sich über die Möglichkeit wirtschaftlicher Tätigkeit an Ort und Stelle zu unterrichten.

Verzweiflungstat eines Familienvaters. In Thann (Oberelsaß) hat sich ein furchtbare Familiendrama ereignet. Der Elektromonteur Heinrich Ehret hat seine Frau erschossen, seinen Kindern, einem Knaben im Alter von acht Jahren und einem fünfjährigen Mädchen, den Hals durchschnitten und sich selbst an der Bettstelle erhängt. Ehret hatte die Tat in der Verzweiflung und aus falschem Ehegefühl begangen. Frau Ehret war beschuldigt worden, einen Täufendfrankenstein gestohlen zu haben, und hatte vor dem Staatsanwalt Dr. Frank, als Finanzminister der Präsident des Militärlandwirtschaftsamtes Hornik, als Außenminister

ter hatte sie ihre Unschuld beteuert. Ihr Ehemann war nun über den angeblichen Diebstahl so verzweifelt, daß er glaubte, mit seiner Familie nicht länger leben zu können.

Großfeuer in Bordeaux. In Bordeaux (Frankreich) brach in den neuen Mühlanlagen auf bisher noch unaufgelöste Weise ein Großfeuer aus, das den größten Teil der Anlagen völlig vernichtet. Der angerichtete Schaden wird auf über 20 Millionen Franken geschätzt. Etwa 200 Arbeiter werden arbeitslos.

Gräßlicher Frauenmord in Hamburg. Den Bewohnern eines Hamburger Hauses war seit einiger Zeit aufgefallen, daß aus einer Wohnung ein mißiger Duft stieg, starker werdender überlanger Geruch kam. Als man die Wohnung öffnete, fand man in dem Zimmer eine Reihe von Leichenteilen. Sämtliche Teile waren schon stark in Verwesung übergegangen. Der Inhaber der Wohnung, ein Arbeiter, befindet sich seit einiger Zeit wegen Juweltheft in Untersuchungshaft. Er wurde im Gefängnis vernommen und legte ein volles Geständnis ab. Er gibt zu, das Mädchen vor seiner Verhaftung in seiner Wohnung erwürgt zu haben.

Eine bestialische Tat, die den Tod eines Arbeiters folgte. Ein Arbeiters Tochter hatte, spielt sich in dem pommerischen Orte Köslitz ab. Dort lebte ein Arbeiter mit einigen Knechten der Domäne in Haft, die sich immer mehr verschärften. Nach einem kurzen Streit in einem Schanklokal begab sich Mahlz auf die Dorfstraße. Hier erhielt er von den Knechten einen Schlag in den Kopf und später einen so heftigen Schlag mit einem langen Pfahl, daß die Schädeldecke zertrümmer wurde und Mahlz tot zusammenbrach.

Beim Baden ertrunken. In Crenzow nahmen der 17-jährige Gärtnerlehrling Waldemar Lobach und der 18-jährige Knecht Wilhelm Hagemüller ein Bad im Schäferteich. Als einer von ihnen zu ertrinken drohte, versuchte der andere ihn zu retten. Beide jedoch kamen im Wasser um. — Vier Knaben aus Witten, die im Haff badeten, gerieten in eine Untiefe. Zwei Knaben konnten gerettet werden, die beiden anderen sind jedoch ertrunken. — Aus Altenburg wird gemeldet: In den Gewässern der Umgegend sind in den letzten Tagen 5 Personen beim Baden ertrunken.

Schlächterstreit in Greifswald. Ein merkwürdiger Streit ist in Greifswald (Pommern) ausgebrochen. Die Stadt konnte sich mit den Schlächtern nicht über die Ausbringung der Kosten für die Benutzung der Schlachthallen einigen. Die Schlächtermeister sind zum Protest in den Ausstand getreten.

Todeskurst im Gebirge. Im Roetelsteingebiet starb der 20-jährige Hörer der Technik Wolfgang Ibsen, der Sohn des Innsbrucker Universitätsprofessors Ibsen, ab und blieb sofort tot liegen.

Ein wilder Bergarbeiterstreik im Harz. Im Ober- und Unterharz hat sich ein wilder Bergarbeiterstreik entwickelt. Die fiskalischen Betriebe im Unterharz ruhen vollständig und auch im Oberharz arbeitet nur eine Berginspektion. Neben die Zahl der Streikenden werden außerordentlich stark übertriebene Meldboten verbreitet. Die Gesamtsumme der Streikenden kann höchstens um 5000 herum liegen. Eine Anzahl von Vertretern der streikenden Bergarbeiter hat die Bitte ausgesprochen, vom preußischen Handelsminister persönlich empfangen zu werden. Obwohl eigentlich Verhandlungen bei einem wilden Streik kaum in Frage kommen dürften, hat sich Minister Siering trotzdem bereit erklärt, die Abordnung zu empfangen und sich wenigstens über ihre Forderungen zu informieren.

Neuer Brand in der Münchener Löwenbrauerei. Zum dritten Mal in wenigen Monaten brach in der Münchener Löwenbrauerei ein Brand aus. Ein im Maßdarrenggebäude ausgebrochener Brand, dessen Entstehungsursache unbekannt geblieben ist, konnte in zweistündiger Arbeit gelöscht werden, nachdem er 100 Meter vernichtet hatte.

Harding empfängt einen deutschen Dichter. Der Verfasser von "Der Untergang", Gustav Freytag, wurde vom Präsidenten Harding empfangen. Freytag übermittelte dem Präsidenten den Dank für das amerikanische Hilfswerk. Der Präsident drückte seine besten Wünsche für den Erfolg der Mission Freytags aus, die im Interesse der leidenden deutschen Kinder liege.

Gerichtssaal.

Eisenbahnchef vor Gericht. Vor der Disziplinarkammer in Magdeburg hatten sich drei Hauptführer im Mitteldeutschen Eisenbahnchefstreit zu verantworten. Sie erklärten, geglaubt zu haben, daß für Beimte das Streikrecht bestünde. Das Gericht verhängte in einem Fall Dienstentlassung ohne Pension, in den beiden anderen Fällen einen Verweis mit hohen Geldstrafen.

Rispet.

Roman von Max von Weissenhurn.

(12. Fortsetzung.)

Nun weißt du beständig, wie es gekommen, daß meine Frau und ich diese seltsame Ehe führen, in der es eigentlich keine Gemeinschaft gibt, in der wir zwei Fremden gleich nebeneinander hergehen. Wenn sie mich nicht geradezu haft, so bin ich ihr jedenfalls zum mindesten vollkommen gleichgültig, während ihre Schönheit meine Sinne fesselt und ich das doch um keinen Preis verraten will, um nicht dadurch das ohnehin längere Band, das uns vereint, läßt zu zerreißen.

Ich bin zum Werkzeug der Nächte des Verblichenen geworden, aber sie, die diese Nächte eigentlich in erster Linie treffen sollte, leidet am wenigsten darunter, weil ihre Natur zu seicht, zu oberflächlich, zu fühllos ist, um zu wissen, was leiden ist, und es gibt Stunden, in denen ich fast tragisch empfinde, daß ich, der häßliche Spötter aus Dalberg's Schule, derjenige bin, der im Grunde genommen doch unter der Beschrobenheit dieses Nachtplanes am meisten zu leiden hat."

Klaus von Helmbach hatte mit lebhaftem Interesse

